



Sonderstandesamt Arolsen

von Wolfgang Form

Der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen (ISD) ist vielen Menschen, die zum Thema Nationalsozialismus arbeiten ein Begriff; meist als Institution, die nur sehr beschränkt Informationen aus ihrem umfangreichen Archiv an Forscherinnen und Forscher weiter gibt. Viel weniger bekannt ist eine Administration, die in enger Zusammenarbeit mit dem ISD eher im Verborgenen arbeitet: das Sonderstandesamt Arolsen.

Zur Geschichte

Schon bald nach dem Ende des 2. Weltkrieges begann man auf Länderebene mit ersten Ansätzen zur Wiedergutmachung von politisch, religiös und rassistisch Verfolgten des NS-Regimes. Für die Anmeldung etwaiger finanziellen und sachlicher Entschädigungsleistungen¹ war es notwendig, die erlittenen Schäden, Verluste u.a. nachzuweisen. So auch der Nachweis über den Tod von Angehörigen in den Konzentrationslagern. Dies war in vielen Fällen gar nicht mehr möglich gewesen, den deren Register waren zum größten Teil vernichtet worden oder aus anderen Gründen nicht zugänglich (z.B. im Ausland). Zudem wurden bei weitem nicht alle "Sterbefälle" in den Tötungsstätten beurkundet. U.a. aus diesem schuf das Land Hessen am 1. September 1949 das Sonderstandesamt in Arolsen und erklärte es für die Beurkundung von Sterbefällen in Konzentrationslagern zuständig². Hintergrund der Einrich-

tung des Sonderstandesamtes in Arolsen war, das es hier eine Institution gab, die alle vorhandenen Dokumente der Konzentrationslager sammelte, aufbewahrte und auswertete: den Suchdienst des alliierten Oberkommandos in Westeuropa, der sehr schnell dem Amt der Vereinten Nationen für Nachkriegshilfe und Wiederaufbau (UNRRA)³ angeschlossen wurde. Ab 1951 übernahm die Alliierte Hohe Kommission die Institution als Internationaler Suchdienst, den sie 1956 unter die Leitung des Internationalen Roten Kreuzes in Genf, mit der Bezeichnung International Tracing Service (ITS) stellte.

Von seiner Gründung an bis Ende 1970 bestand das Sonderstandesamt Arolsen als selbständige Behörde, deren Höhere Aufsichtsbehörde der Regierungspräsident in Kassel war. Ab 1971 wurde es dem Standesamt in Arolsen unterstellt. Die Kosten des Sonderstandesamtes werden vom Land Hessen getragen.

Aufgaben Sonderstandesamtes

Der § 43a des Personenstandsgesetzes bestimmt für das Sonderstandesamt einen engumgrenzten Aufgabenbereich: die Beurkundung der Sterbefälle von Häftlingen ehemaliger Konzentrationslager auf dem Gebiet des Deutschen Reiches und der von Deutschland okkupierten Territorien. Nicht zu dessen Aufgaben zählen z.B. die Beurkundung von Sterbefällen in Ghettos oder Arbeitslagern⁴. Es werden allerdings nur diejenigen Sterbefälle bearbeitet, die nicht von anderen Stellen bereits beurkundet sind.

Der Arbeitsablauf des Sonderstandesamtes sieht in der Regel so aus, daß die vom ISD ermittelten Sterbefälle mit den Beweisunterlagen der sogenannten Urkundenprüfstelle vorgelegt werden. Noch fehlende Quellen werden bei anderen Standesämtern, Meldeämtern und Archiven zu ermitteln versucht. Ist der Tod eines Menschen nach den gesetzlichen Bestimmungen hinreichend dokumentiert, so wird er beurkundet. Die Materialien des ISD werden dann wieder zurückgegeben. Bis zum 01.01.1993 wurden insgesamt 296.081 Sterbefälle (siehe Tabelle), davon etwa 1.300 noch in 1992, beurkundet. Obwohl diese Zahl keinen Rückschluß auf die Gesamtzahl der in nationalsozialistischen Konzentrationslagern ermordeten Menschen geben kann, schmälert sie nicht die wichtige Arbeit des Sonderstandesamtes Arolsen für die betroffenen Ehegatten, Väter, Mütter, Geschwister, Kinder und Enkel.

Im Vergleich zum normalen Standesamtswesen wird neben Sterbebüchern eine sogenannte Hauptkartei geführt, die neben der Registrierung der beurkundeten Sterbefälle auch wichtige Hinweise auf Todeserklärungen enthält. Diese Kartei hat einen Umfang von über 390.000 Karteikarten mit nicht ganz 100.000 sogenannter Hinweis-karten. Diese Kartei kann für die Forschung von außerordentlichem Nutzen sein. Bisher ist sie nicht zugänglich. Wünschenswert wäre es, wenn sie dem zuständigen Hessischen Staatsarchiv übergeben und somit zugänglich gemacht werden würde.

¹ Für die US-Zonen z.B. bei den im Sommer 1945 eingerichteten Betreuungsstellen für politisch, rassistisch und religiös Verfolgten bei den Landratsämtern.

² Ab 1951 galt diese Regelung für das gesamte Bundesgebiet (BGBl. I S. 57 ff).

³ United Nations Relief and Rehabilitation Administration.

⁴ Soweit sie nicht Arbeits- oder Außenlager von Konzentrationslagern waren.



Tabelle

**Beurkundete Sterbefälle beim Sonderstandesamt Arolsen
Stand 01.01.1993**

Auschwitz	60.056	Mittelbau-Dora	7.468
Bergen-Belsen	6.853	Natzweiler	4.431
Buchenwald	20.687	Neuengamme	5.785
Dachau	18.456	Ravensbrück	3.643
Flossenbürg	18.334	Sachsenhausen	5.014
Groß-Rosen	10.951	Stutthof	12.634
Lublin/Majdanek	8.831	Theresienstadt	29.375
Mauthausen	78.859	verschiedene	4.704

Quelle: Kurzinformation über das Sonderstandesamt Arolsen 1984, mit Aktualisierung vom 01.01.1993

(Wolfgang Form ist wissenschaftlicher Mitarbeiter des Hauptstaatsarchivs Wiesbaden für das Projekt Widerstand und Verfolgung in Hessen 1933-1945.)

Neue Quellen zur Geschichte des Stalag 326 in Moskau

von Volker Schockenhoff

Wer sich bisher mit der Geschichte der sowjetischen Kriegsgefangenen im deutschen Reich befaßte, stand vor dem Problem, daß so gut wie kein authentisches Quellenmaterial vorhanden war. Das Schriftgut der Kriegsgefangenenmannschaftsstammlager (Stalags) sowie das der vorgesetzten Behörden (Kommandeure der Kriegsgefangenen in den Wehrkreisen) hat

sich nur in winzigen Splittern erhalten. Hilfsweise mußten die Historiker auf wenige, weit verstreute Einzelschriftstücke und Zeugenaussagen zurückgreifen. Das brachte eine Fülle Probleme mit sich: Viele Fragen ließen sich gar nicht, nur unzureichend oder mit Vermutungen und Hypothesen beantworten.

Dieses allgemeine Problem galt natürlich auch für die Rekonstruktion der Geschichte des Stalag 326 VI K.

Durch die Öffnung der Archive in der ehemaligen UdSSR ist hier nun eine Wende eingetreten.

Der Bestand zum Stalag 326 im Archiv der RFSSR in Moskau umfaßt 41 Akten-einheiten, insgesamt ca. 6600 Blatt - eine imponierende Zahl, verglichen mit den wenigen Dokumenten, die bisher bekannt waren. Die Akten entstammen, bis auf einige unmittelbar nach der Befreiung von den